

## 4. Runde

Gestern verlief die Mensa-Aktion wie erwartet weiterhin erfolgreich. Der Boykott des Mensaessens zu DM 1.40 wurde aufrechterhalten, weil einige Studenten die Essensausgabe blockierten, und weil die überwiegende Mehrheit der anwesenden Kommilitonen bereit war, den Grund und die Richtung der Aktion zu diskutieren.

Wieso hinderten nun einige Studenten andere Studenten daran, das Mensaessen für DM 1.40 zu kaufen und wieso der Aufwand für die 10 Pfennig?

Wenn die Blockade der Essensausgabe nicht stattgefunden hätte, würde heute noch kein Student über die Preiserhöhungen diskutieren; papierene Resolutionen und Appelle des AStA hätten überhaupt keinen aufklärerischen Effekt gehabt, sondern genau das bewirkt, was Reißer und Co. sich vorgestellt haben: Die Studenten, die momentan überhaupt in Darmstadt sind, müssen in der Mehrheit Prüfungen ablegen oder befinden sich noch in Prüfungsvorbereitungen; sie haben weder Zeit noch Lust, sich um Essenspreise zu kümmern, zumal, wenn diese "nur" um 10 Pfennig steigen; von den Mietsteigerungen und der geplanten Erhöhung der Sozialbeiträge um 15 DM pro Semester hätte kein Mensch gesprochen. Die "Sozialpolitik" der SPD-Landesregierung und CDU-Reißers wäre laut- und widerstandslos über die Bühne gegangen. Genau diese Vorstellung hat Reißer auch dazu bewogen, die Preiserhöhungen in die Prüfungszeit und nicht etwa an den Semesterbeginn zu legen. Die Mensaaktion hat einen Strich durch diese Rechnung gemacht.

Gut werden jetzt einige sagen, das stimmt, aber lohnt sich denn der ganze Aufwand für DM 0.10, zumal auch noch nicht einmal sicher ist, ob der Vorstand die Preiserhöhungen rückgängig machen wird?

Wir meinen, der Aufwand lohnt sich; denn dem Land und der Geschäftsführung ist demonstriert worden, daß man zumindest in Darmstadt nicht bereit ist die "Sozialpolitik" des Landes auszubaden, daß man vielmehr beginnt, nach den Ursachen dieser Politik zu fragen, daß man dem Land klar zeigt, daß es nicht allein um die DM 0.10 geht, sondern um die Grundsätze der Politik, gerade der "Sozialdemokratischen" Partei, deren fatale Auswirkungen sich doch nicht allein im Hochschulbereich zeigen -- nicht nur Studenten zahlen schließlich hohe Mieten und wissen oft nicht wie sie Lebensmittel, Kleidung usf. bezahlen sollen; nur Studenten aber sind vorübergehend in dieser beengten finanziellen Situation, die für eine Arbeiterfamilie etwa ein Leben lang "normal" ist.

Genau dies befürchtet die Landesregierung, daß wir nämlich aufhören unsere Forderungen auf dem Hochschul- und Ausbildungsbereich zu beschränken.

Das Land würde es lieber sehen, wenn wir zu den Preiserhöhungen im Studentenwerk überhaupt nichts sagten, oder aber nur auf dem CDU-Geschäftsführer Reißer schossen. Den Gefallen können wir dem Land aber nicht tun, weil Reißer und damit das Studentenwerk für uns kein Problem sind: Reißer geht im Januar sowieso und wie man munkelt auch nicht ganz alleine.

Preiserhöhungen und Mietwucher sind weder Naturereignisse noch Folge der Böswilligkeit oder Unfähigkeit einzelner, sondern die notwendige Folge der "freien Marktwirtschaft", genauer gesagt der kapitalistischen Produktionsweise. Das bedeutet: eine Minderheit besitzt die Produktionsmittel (Fabriken, Grundeigentum usw.) und steckt alleine die Profite ein. Die Mehrheit dagegen ist gezwungen, ihren eigenen Besitz, ihre Arbeitskraft, tagtäglich zu verkaufen. In diesem Widerspruch, den besser als bisher die CDU zu verkitten die SPD erfolgreich sich bemüht, in diesem Widerspruch ist die Ursache zu finden für die soziale Lage der arbeitenden Bevölkerung, die Mehrheit der Studenten eingeschlossen.

Und eben diese Widersprüche der gepriesenen "freiheitlich, demokratischen Grundordnung (Freiheit für wen eigentlich und auf wessen Kosten?) aufzudecken, ist die Aufgabe studentischer Politik - gleichgültig ob innerhalb oder außerhalb der Hochschule. Der Kampf gegen diese Widersprüche ist konsequenterweise ein Kampf gegen ihre Ursachen, gegen die Interessen des Kapitals also und gegen dessen Staatsapparat, der als "neutrale" Instanz sich tarnt. Dieser Kampf kann freilich nicht von uns Studenten geführt werden. Der bewußte Teil der Studentenschaft kann diesen Kampf nur unterstützen, der geführt werden muß von der arbeitenden Bevölkerung.

Innerhalb der Studentenschaft und außerhalb der Hochschule für Aufklärung in dieser Richtung zu sorgen, Aufklärung die zu solidarischem Handeln führt, ist unsere Aufgabe. Vor diesem Hintergrund ist der Kampf gegen die erhöhten Essenspreise zu sehen und die Forderung nach der Zurücknahme der Preiserhöhungen durch den Vorstand. Dies aber, vermittelt durch die Mensaaktion, ist nicht politischer Selbstzweck.

Diskutiert diese Probleme; schließt Euch den Basis- und Projektgruppen an, besonders der Projektgruppe Soziales (Treffpunkt: Montag 17.00 AStA).

Unterstützt gerade heute den Boykott des Essens zu DM 1.40 und kommt zu der Vorstandssitzung (Ort und Zeit werden im Mensafoyer bekannt gegeben) des Studentenwerks. Der Nachdruck, mit dem wir unsere Forderungen vertreten, bestimmt ihren Erfolg.